



Fortbildung

Demokratiebildung fängt schon bei den Kleinsten an

Seite 32

KVJS
Landesrahmen-
vertrag SGB IX –
Wie geht's weiter?

Seite 5

Soziales
Weiterentwicklung
der Pflegestütz-
punkte

Seite 14

Jugend
Neue KVJS-
Expertise zur
Schulsozialarbeit

Seite 26

» Impressum

KVJS aktuell

April 2021

Herausgeber:

**Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg**

Öffentlichkeitsarbeit

Lindenspürstraße 39

70176 Stuttgart

www.kvjs.de

Verantwortlich:

Kristina Reisinger

Redaktion:

Monika Kleusch

Titelfoto:

©oksix - stock.adobe.com

Layout:

www.mees-zacke.de

Bestellungen und Adressänderungen:

Telefon 0711 6375-208

publikationen@kvjs.de

Druck:

Texdat-Service gGmbH, Weinheim

Redaktioneller Hinweis:

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

» Inhaltsverzeichnis

KVJS

- 4 Durchstarten im neuen Jahr
- 5 Landesrahmenvertrag SGB IX – Wie geht's weiter?
- 5 Gedenken an Euthanasieopfer in Markgröningen
- 6 Sm@rt KVJS
- 7 Mit Snoezelen die Sinne anregen
- 8 LAGÖFW setzt neue Impulse
- 9 MPD: Geprüfte Qualität
- 9 BAG HKV mit neuer Website online
- 10 Neue Mitstreiter fürs Quartier gewinnen

SOZIALES

- 11 Die Situation wohnungsloser Menschen verbessern
- 12 Fokus? Pflege!
- 12 BTHG: Was ehrenamtliche Betreuer wissen müssen
- 13 Mehr Zeit für die Pflege in Baden-Württemberg
- 14 Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte
- 15 Unterstützung bei psychischer Erkrankung

INTEGRATION

- 16 KVJS-Integrationsamt als Dienstleister in der Coronakrise
- 17 Beispielhafte Inklusion in Stuttgart
- 18 Den Hoodie-Machern über die Schulter geschaut

JUGEND

- 19 Gesetzesreform garantiert mehr Hilfe bei Adoption
- 20 Online-Fachtag zu „Digitale Kinder- und Jugendarbeit“
- 22 Corona – Auswirkungen auf die Heimerziehung
- 23 Online-Angebot: „Schulsozialarbeit unter Pandemiebedingungen“
- 23 Die digitale Betriebserlaubnis steht vor der Tür
- 24 Neue KVJS-Broschüre: Jugendhilfe im Strafverfahren
- 25 Aufarbeitung des Schicksals der Verschickungskinder
- 25 Verschickungskinder: Akten sollen aufbewahrt werden
- 26 Neue KVJS-Expertise zur Schulsozialarbeit
- 28 Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben

FORSCHUNG

- 29 Grünes Licht für neues Forschungsvorhaben
- 29 KVJS-Forschung zieht neue www-Seiten auf
- 30 Digitales Finale für WieWohnen-BW

FORTBILDUNG

- 32 Demokratiebildung fängt schon bei den Kleinsten an

NEU ERSCHIENEN

- 34 Beim KVJS erschienen

» Durchstarten im neuen Jahr

Ziele 2021: KVJS setzt fachliche Schwerpunkte

Nach einem schweren 2020 startet der KVJS motiviert ins neue Jahr: **Digitalisierung, Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes und die Entwicklung neuer fachlicher Schwerpunkte und Innovationen stehen im Fokus der Gesamtstrategischen Ausrichtung.**

„Wie bringen wir uns fachpolitisch ein? Wo setzen wir Schwerpunkte neu? Welche Dienstleistungen für unsere Kunden passen wir an? Das sind zentrale Fragen, die wir uns gestellt haben“, sagt Verbandsdirektorin Kristin Schwarz. Insbesondere die Themen Digitalisierung, BTHG sowie die Neuausrichtung der Angebote stehen dabei im Fokus.

Ausbau der (digitalen) Kompetenz

Die 2020 erarbeitete Digitale Agenda wird auf allen Arbeitsebenen etabliert und umgesetzt, unter anderem mit einer digitalen Kommunikation mit Kunden und Kooperationspartnern, der Bereitstellung eines Formularservers oder dem Ausbau der elektronischen Akten (siehe Seite 6).

Der KVJS wird seine Beratung und Angebote als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum weiter ausbauen. Im Mittelpunkt stehen die Begleitung der Kreise bei der Umsetzung des BTHG, Beratung und Unterstützung der Träger der Eingliederungshilfe zu coronabedingten Mehrkosten sowie bei der Teilhabe am Arbeitsleben. Die Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum steht dabei insbesondere beim Entschädigungsrecht und beim Medizinisch-Pädagogischen Dienst auf der Agenda.

Fokus Pflege

Im Fokus steht ferner der Ausbau der Beratungskompetenz in der Pflege für die Stadt- und Landkreise. Dazu hat der KVJS auch eine neue Publikationsreihe unter dem Titel Fokus Pflege aufgelegt. Mehr zu der neuen Reihe auf Seite 12.

Auch in aktuelle Gesetzgebungsverfahren und deren Umsetzung wird sich der KVJS richtungweisend einbringen, etwa beim Kinder- und Jugendstärkungsgesetz oder der Aktualisierung der Eckpunkte für den Kinderschutz. „Innovativ – dynamisch – kompetent: So wollen wir die Stadt- und Landkreise unterstützen, für sie an den richtigen Stellen präsent sein und Trends früh erkennen“, sagt Kristin Schwarz. „Dafür setzen wir uns ein.“

Kristina Reisinger



Neue KVJS-Stele vor Haupteingang / Foto: Monika Kleusch

» Landesrahmenvertrag SGB IX – Wie geht's weiter?

Kontinuierliche Begleitung und inhaltliche Weiterentwicklung

Im Dezember 2020 ist der Landesrahmenvertrag SGB IX von allen Vertragsparteien unterzeichnet worden. Damit ist eine wichtige Grundlage geschaffen, jedoch sind viele Themen noch nicht abschließend geregelt. Die Vertragskommission kümmert sich um die inhaltliche Weiterentwicklung und begleitet die Umsetzung.

Um die noch fehlenden Regelungen zu konkretisieren, hat die Vertragskommission mehrere Arbeitsgruppen eingerichtet. Sie beschäftigen sich mit den Werkstätten für Menschen mit Behinderung und der Kurzzeitunterbringung in der Eingliederungshilfe. In der AG Minderjährige werden Regelungen für Kinder- und Jugendliche erarbeitet. Die Arbeitsgruppe zur Umsetzungsbegleitung ist das zentrale Organ, um die Anwendung des Rahmenvertrags im Land aktiv zu begleiten und den Umsetzungsstand zu bewerten. Der KVJS ist dabei als Bindeglied in allen Arbeitsgruppen vertreten. Er sorgt für den Austausch der Anforderungen von Seiten der Stadt- und Landkreise sowie der Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen.

AG Schnittstelle

Ebenfalls zentral für die Weiterentwicklung des Rahmenvertrags ist die AG Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe und Pflege. Erste Bereiche daraus hat die Vertragskommission bereits umfassend verabschiedet. Unter anderem betrifft dies zwei Angebotsformen, die Leistungen im Rahmen der besonderen Wohnformen abdecken: Das

Kombimodell und das inklusive Modell. Das Kombimodell sieht leistungs- und vergütungsrechtlich getrennte Vereinbarungen des Leistungserbringers mit den Pflegekassen (nach SGB XI) und den Leistungsträgern der Eingliederungshilfe (nach SGB IX) vor. Beim inklusiven Modell werden die erforderlichen Pflegeleistungen durch die Eingliederungshilfe erbracht. Darüber hinaus sind weitere Aspekte dieses komplexen Themenfelds bereits geregelt und verabschiedet worden.

Die Vertragskommission hat zudem eine MusterLeistungsvereinbarung für besondere Wohnformen erstellt, um allen Beteiligten die praktische Umsetzung zu erleichtern. Weitere Mustervereinbarungen für Leistungsangebote sind bereits in der Entwicklung, ebenso eine Mustervergütungsvereinbarung.

Aktuelle Informationen rund um den Landesrahmenvertrag und das Bundesteilhabegesetz stehen im Mitgliederbereich des KVJS zur Verfügung.

Julia Holzwarth

» Gedenken an Euthanasieopfer in Markgröningen

Sie wurden als „lebensunwert“ aussortiert und umgebracht: 120 Menschen aus der damaligen Landesfürsorgeanstalt Markgröningen fielen 1940 den nationalsozialistischen Euthanasiemorden zum Opfer. Am 27. Januar, dem internationalen

Gedenktag der Opfer des Nationalsozialismus, erinnerte die heute zur Habila gehörende Einrichtung gemeinsam mit dem Arbeitskreis Mahnmal an die Ermordeten. Die virtuelle Gedenkfeier wurde auf der Homepage der Habila übertragen.

mok

» Sm@rt KVJS

Verband startet mit Digitaler Agenda in die kommenden Jahre



Die Digitalisierung ist eines der großen Themen mit dem sich öffentliche Verwaltungen auseinandersetzen müssen. Auch der KVJS hat bereits 2020 eine richtungsweisende Digitale Agenda erarbeitet, mit der nun der digitale Wandel angegangen wird.

Mit der Digitalen Agenda hat der Verband seine Ziele für die kommenden Jahre schriftlich festgehalten. „Die Corona-Pandemie und die daraus resultierenden staatlichen Maßnahmen zeigen, wie wichtig und unvermeidbar digitales Arbeiten geworden ist“, sagt der für Digitalisierung verantwortliche Dezernent und stellvertretende Verbandsdirektor Dieter Steck.

Ebenso wird der Arbeitsalltag der Mitarbeitenden neu definiert und modernisiert. Seit 2019 arbeitet der KVJS mit dem Programm enaio® als Enterprise-Content-Management-System. Seither wird die E-Akte in den Fachreferaten nach und nach eingesetzt. Bis Ende 2024 will der KVJS die Umstellung auf die E-Akte komplettieren.

Bestandsakten werden digital

Doch die Anpassung der vorhandenen Arbeitsprozesse und die Umwandlung in eine digitale Umgebung reichen nicht aus: „Zur vollständigen Digitalisierung und um parallele Arbeitsweisen zu vermeiden, führen wir komplette Workflows ein und digitalisieren auch Bestandsakten“, so Steck. Hierfür wurde eine hauseigene Scanstrecke eingerichtet.

Neben der E-Akte stehen weitere Projekte an, denen sich der KVJS in den kommenden Jahren im Rahmen der Digitalisierung widmen wird. Hierzu

zählen die Bereitstellung einer Cloud für den Datentransfer mit den Kunden oder ein Formularserver, um ihnen ein einfaches Antragsverfahren zu ermöglichen. „Zu unserer Vision zählt ebenfalls die digitale Kompetenz der Mitarbeitenden“, so Steck. „Um auch dieses Ziel zu erreichen, führen wir interne Schulungen und Workshops durch.“

Keine Papierberge für Gremienmitglieder mehr

Die Digitalisierung macht auch nicht vor den KVJS-Gremien halt. Schon seit einigen Jahren kommt das elektronische Sitzungsmanagementsystem Session zum Einsatz. Durch die Änderungen der Verbandsatzung und der Satzung für das Landesjugendamt sind zukünftig auch digitale Sitzungen möglich. Und schließlich wurde Anfang des Jahres mit enaio® die elektronische Akte auch zur Verwaltung von Mitglieder- und Sitzungsakten eingeführt.

Die Geschäftsstelle Gremienarbeit geht nun noch weitere Schritte: Ab sofort können alle Mitglieder der Verbandsversammlung, des Verbandsausschusses, des Ausschusses für Eingliederungshilfe- und Integrationsgesellschaften und des Landesjugendhilfeausschusses ausschließlich das Ratsinformationssystem des KVJS nutzen.

Zukünftig erhalten neue Mitglieder keinen Gremienordner in Papierform mehr. Auch die

Sitzungsunterlagen sowie weitere Informationen des Verbandsvorsitzenden und der Verbandsdirektorin werden zukünftig nicht mehr per Post an rund 250 Mitglieder versandt. Diese und weitere Informationen stehen den Mitgliedern nun ausschließlich über das Ratsinformationssystem des KVJS (SessionNet) zur Verfügung. Weitere Schritte in Richtung Digitalisierung sind in Planung.

Dennis Ochotta/ Nicole Henninger

Vernetzen Sie sich mit uns!

Das KVJS ist daran interessiert, sich mit seinen Mitgliedern und Partnern zum Thema Digitalisierung auszutauschen und zu vernetzen.

Für Rückfragen und zum offenen Austausch rund um das Thema Digitalisierung stehen die Leiterin für Organisation und IT, Clarissa Doz (0711 6375-502), sowie der Projektmanager für die Digitalisierung, Dennis Ochotta (0711 6375-584), gerne zur Verfügung.

» Mit Snoezelen die Sinne anregen

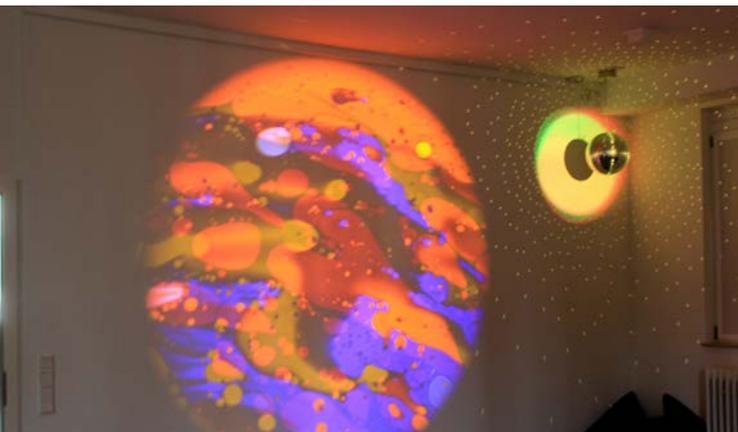


Foto: Fachschule Flehingen

Projektoren werfen farbenfrohe Lichtspiele an die weiße Wand, Leuchtschlangen aus Glasfaser laden zum Anfassen ein, meditative Musik erklingt aus verborgenen Lautsprechern – seit kurzem gibt es im KVJS-Bildungszentrum Schloss Flehingen einen Snoezelenraum. Hinter diesem niederländischen Kunstwort, das auf Wörter wie „schlummern“ und „dösen“ anspielt, verbirgt sich ein Konzept, wie pflegebedürftige Menschen über selektive audiovisuelle Reize in die Entspannung kommen.

Der besondere Raum wurde eingerichtet, um Pflege- und Betreuungskräfte, Heilerziehungspfleger, Heilpädagogen und viele weitere Berufsgruppen zu unterrichten. „Wir möchten unseren

Auszubildenden, aber auch allen interessierten Fortbildungsgruppen damit die Möglichkeit bieten, für sich selbst auszuprobieren, wie Snoezelen wirkt, um ihre Erfahrungen effektiv in die Praxis umsetzen zu können“, sagt Schulleiterin Nathalie Lichy.

Zum Konzept von Snoezelen und zur Raumgestaltung gibt es zwei Filme, die vor Ort im Bildungszentrum gedreht wurden. Sie sind hier abrufbar:

Snoezelen für Pflegebedürftige - 094 | Born to Pflege - YouTube
www.youtube.com/watch?v=ZHltT8rtP0E



Ein Extra-Raum für Heimbewohner? - Folge 95 | Born to Pflege - YouTube
www.youtube.com/watch?v=YB6S37peP5c



Wer den Raum für eine Fortbildung buchen möchte, wendet sich bitte an:
 KVJS-Bildungszentrum Schloss Flehingen,
 Gochsheimer Str. 19 75038 Oberderdingen
 Telefon: 07258 75-60, Fax: 07258 75-90

Ihre Ansprechpartnerinnen:

Ellen Michel, Marion Röttger, Melanie Saurov

add

» LAGÖFW setzt neue Impulse

Landesweiter Kongress zu Inklusion geplant

Fachkräftemangel in allen sozialen Bereichen, Außenwirkung der LAGÖFW, Mitwirkung beim SGB XII – unter anderem diese Themen diskutierte die digitale Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege (LAGÖFW) im März unter Leitung der neuen Vorsitzenden Kristin Schwarz.



**Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege
Baden-Württemberg**

Die LAGÖFW macht sich seit Jahren gemeinsam mit dem Landesjugendhilfeausschuss des KVJS sowie dem Fakultätentag Sozial- und Gesundheitswesen Baden-Württemberg und den Dualen Hochschulen Baden-Württemberg für ausreichend Fachkräfte in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe und Pflege stark. In einem Impulspapier hat sie die Ministerien und die Landtagsabgeordneten bereits Anfang des Jahres auf den Fachkräftemangel im sozialen Bereich hingewiesen.

Ein Expertenhearing des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales (KVJS) zu Jahresbeginn hat den bestehenden und zunehmenden Fachkräftemangel in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen bestätigt.

Nun ist die LAGÖFW einen Schritt weitergegangen: Sie appelliert an die neue Landesregierung, ein Bündnis aller beteiligten Akteure im Land zu koordinieren und das Thema Fachkräftemangel im Sinne einer konzertierten Aktion zur Fachkräftesicherung in die Koalitionsvereinbarung aufzunehmen.

„Die LAGÖFW steht vor vielen spannenden Projekten und ich freue mich, diese als Verbandsdi-

rektorin und neue Vorsitzende aktiv gestalten zu können“, so LAGÖFW-Vorsitzende und KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz.

Mehr Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten für soziale Berufe gefordert

Ein gemeinsames Ziel der LAGÖFW und des Fakultätentags der Hochschulen des Sozial- und Gesundheitswesen Baden-Württemberg ist, einen deutlichen Ausbau der Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten für soziale Berufe in Baden-Württemberg zu erreichen. Das machten die beiden Organisationen in einem gemeinsamen Schreiben an Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, Finanzministerin Edith Sitzmann, Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann und Sozialminister Manne Lucha deutlich.

Impulse zur Wohnungslosenhilfe

Die LAGÖFW-Mitglieder beschlossen ferner, dass die Impulse ihrer AG Wohnungslosenhilfe unter dem Vorsitz von Frank Stahl, Sozialdezernent beim KVJS, in die Vertragskommission SGB XII (VK SGB XII) eingebracht werden sollen. Näheres zum Fachkonzept zur Verbesserung der Wohnungslosenhilfe lesen Sie im Artikel „Die Situation wohnungsloser Menschen verbessern“ auf Seite 11.

Wie Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg künftig leben und teilhaben wollen und wie sich ihre Wünsche und Bedarfe realisieren lassen, wurde ebenfalls diskutiert. Geplant ist ein landesweiter Kongress zum Thema „Inklusion und Teilhabe – Eingliederungshilfe in Baden-Württemberg“. Im Rahmen einer Denk-

werkstatt sollen zunächst die weiteren Schritte erörtert werden.

Und auch an der Außenwirkung der LAGÖFW wird gearbeitet: Sie soll präsenter werden. Es wurde ein eigenes Logo entwickelt und eine Homepage soll künftig die Ziele und Positionen der LAGÖFW vorstellen.

Nicole Henninger / Monika Kleusch

Publikation zum Fachkräftebedarf

Die Broschüre „Fachkräftebedarf in der Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg“ stellt die Ergebnisse des Expertenhearings 2020 vor.

Bestellung bei Diane Geiger, Telefon 0711 6375-406, Diane.Geiger@kvjs.de

oder zum Herunterladen auf der KVJS-Internetseite: www.kvjs.de/KVJS-PGBA

» MPD: Geprüfte Qualität

Der MPD hat erneut erfolgreich nachgewiesen, dass er ein wirksames System zur Sicherung der Qualität etabliert hat: Ein externes Überwachungsaudit bescheinigt dem Dienst, dass er die Anforderungen an sein über die Jahre aufgebautes Qualitätsmanagement nach der DIN ISO 9001 in allen Punkten erfüllt. Die entsprechende Auszeichnung mit Übergabe des Zertifikats ist für den Juli vorgesehen.

Der MPD unterstützt die Träger der Eingliederungshilfe als Kompetenzzentrum Bedarfsermittlung. Im Rahmen seiner Qualitätssicherung gewährleistet er eine einheitliche und verbind-

liche Anwendung des Bedarfsermittlungsinstrumentes Baden-Württemberg (BEI_BW).

Die ISO 9001 ist eine international anerkannte Qualitätsmanagementrichtlinie. Im Fokus stehen neben der Kundenorientierung insbesondere die kontinuierliche Verbesserung der Arbeit und Weiterentwicklung des Qualitätsmanagementsystems, welches jährlich extern überprüft wird. Damit ist für die 44 Stadt- und Landkreise als Auftraggeber ein gleichbleibend hoher Standard der Bearbeitung von Anfragen gewährleistet. Die erste Zertifizierung des MPD fand bereits im Jahr 2012 statt.

add

» BAG HKV mit neuer Website online

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Höheren Kommunalverbände (BAG HKV) präsentiert sich ab sofort mit einer eigenen Website. Die BAG HKV, zu der auch der KVJS gehört, ist ein freiwilliger Zusammenschluss von 18 Höheren Kommunalverbänden aus acht Bundesländern. KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz gehört seit dem Jahr 2018 dem Vorstand an.

Die Website informiert unter anderem über Organisation und Aufgaben der BAG HKV. Sie liefert zudem wesentliche Kennzahlen und Fakten zu den

Höheren Kommunalverbänden. Der Austausch innerhalb des Zusammenschlusses wird durch die jeweiligen Aufgaben ihrer Mitgliedsverbände geprägt. Unter anderem betrifft dies die Bereiche Wohnen und Leben mit einer Behinderung, Integration von Menschen mit Behinderung in den Beruf, Bildung und Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie Psychiatrie und Gesundheit.

Mehr Informationen zur Bundesarbeitsgemeinschaft finden Sie auf der Internetseite:

www.bag-hkv.de

hol

» Neue Mitstreiter fürs Quartier gewinnen

Quartiersakademie fördert erste Qualifizierungen zur Quartiersentwicklung

Wie kann ich Menschen zur Mitwirkung im Quartier motivieren, die sich nicht selbst melden und die schwierig zu erreichen sind? Um dieses Thema ging es bei der ersten Fortbildung der Quartiersakademie.



QUARTIER 2030
Gemeinsam. Gestalten.

Mit dabei war Claudia Stöckl. Sie ist Koordinatorin der Tübinger Stadtteiltreffs. Mit dem neuen Angebot der Quartiersakademie ist sie sehr zufrieden: „Durch das vielseitige Bildungsangebot bekomme ich regelmäßig Anregungen und die Möglichkeit, mich bei bestimmten Themen zu qualifizieren. Dadurch, dass die Quartiersakademie die Angebote fördert, fühle ich mich in meiner Arbeit wahrgenommen und bestätigt. Viele Themen, die mich beschäftigen, treffen ins Schwarze, und ich merke: Ich bin schon auf dem richtigen Weg, andere beschäftigen sich mit denselben Fragen.“

Die Quartiersakademie fördert Menschen, die sich haupt- oder ehrenamtlich in der Quartiersentwicklung engagieren oder engagieren möchten. Sie können sich die Kurskosten von Qualifizierungen erstatten lassen. Dazu ist es notwendig, jeweils vor der Teilnahme an der Veranstaltung einen kurzen Antrag bei der Koordinierungsstelle Quartiersakademie beim KVJS einzureichen. Die Koordinierungsstelle und die Teilnahme an den Fortbildungen werden aus Mitteln des Ministeriums für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg finanziert.

Um ein möglichst breit gefächertes Angebot an Qualifizierungen anbieten zu können, arbeitet

die Quartiersakademie bereits mit 16 Anbietern von Fortbildungen in Baden-Württemberg zusammen. Auch die KVJS-Fortbildung ist mit im Boot. Das Angebot wird gemeinsam mit den Anbietern ständig erweitert.

Inhouse-Seminare für Kommunen

Die Fortbildungsanbieter lassen sich von der Corona-Pandemie nicht schrecken und sind engagiert, um möglichst viele Kurse online anbieten zu können. Übrigens: Es können nicht nur Einzelpersonen an bereits ausgeschriebenen Veranstaltungen teilnehmen. Die Koordinierungsstelle Quartiersakademie unterstützt auch Kommunen, die sich mit Inhouse-Seminaren weiterqualifizieren möchten, auf Wunsch auch online. Die Quartiersakademie ist Teil der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam. Gestalten.“ Es geht darum, die Quartiersentwicklung durch die Qualifizierung der Beteiligten langfristig zu etablieren und zu verbessern.



Andrea Keller



Film und aktuelle Infos im www

Wenn Sie mehr zur Arbeit der Quartiersakademie erfahren möchten, finden Sie einen neuen Erklärungsfilm auf dem KVJS YouTube-Kanal.

Aktuelle Informationen im Internet unter www.quartiersakademie.de und www.quartier2030-bw.de.

» Die Situation wohnungsloser Menschen verbessern

Fachkonzept und Wohnungsnotfallstatistik zentrale Themen

Der KVJS engagiert sich in der AG Wohnungslosenhilfe der LAGÖFW für die Weiterentwicklung der Hilfsangebote. Die Arbeitsgruppe verfolgt das Ziel, den fachlich-inhaltlichen Diskurs auf Landesebene sicherzustellen. Ein Update.

Die AG Wohnungslosenhilfe der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg (LAGÖFW) wurde bereits 2012 eingerichtet. Neben dem KVJS setzt sie sich aus Vertretern der kommunalen Landesverbände, der Liga der freien Wohlfahrtspflege und dem Sozialministerium mit beratender Stimme zusammen. Ein zentrales Thema ist die Entwicklung von Empfehlungen für ein landesweites Fachkonzept zur Verbesserung der Wohnungslosenhilfe. Erste Ergebnisse zu den Themen Wohnraum, ordnungsrechtliche Unterbringung sowie Prävention wurden bereits 2019 im Rahmen eines Fachtags präsentiert.

Zweite Stufe für Fachkonzept

Nun geht es mit dem Fachkonzept in die zweite Runde: Im Fokus steht die Situation von obdachlosen jungen Erwachsenen, Familien sowie älteren und pflegebedürftigen Wohnungslosen. Der KVJS moderiert die einzelnen Unterarbeitsgruppen und sichert die Ergebnisse. Die gemeinsame Arbeit an diesen Themen bringt auch Erkenntnisse darüber, wie man die Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach dem SGB XII weiterentwickeln kann.

Seit diesem Jahr ist KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz neue Vorsitzende der LAGÖFW. Der KVJS spielt somit bei der Weiterentwicklung der Angebote eine zentrale Rolle und stellt einen landesweiten Überblick in Rahmen seiner Angebotslandkarten her. „Wichtig ist, dass die erarbeiteten Ergebnisse auf Konsens beruhen. Wir stellen sicher, dass aus den unterschiedlichen Perspektiven tragfähige Kompromisse entstehen. Eine kontinuierliche Kommunikation zwischen

allen Beteiligten ist hierfür die Grundlage“, betont Kristin Schwarz. Aktuell werden die Empfehlungen zum Fachkonzept weiterbearbeitet und für die Beschlussfassung im Rahmen der diesjährigen LAGÖFW-Mitgliederversammlung vorbereitet.

Integrierte Wohnungsnotfallstatistik

Die AG Wohnungslosenhilfe begleitet zudem die landesweite integrierte Wohnungsnotfallstatistik. Hintergrund ist die Einführung einer Bundesstatistik, die 2022 erstmalig durchgeführt werden soll. Jedoch werden damit nur Teile der für Baden-Württemberg relevanten Daten erhoben. Menschen, die zum Stichtag keine Unterkunft aufsuchen, sondern auf der Straße leben oder bei Bekannten unterkommen, werden nicht erfasst. Durch eine Sekundärauswertung der Bundesstatistik und einer Abfrage fehlender Items besteht die Möglichkeit, ein ergänzendes Modell gebündelt auf Kreisebene umzusetzen. Die kommunale Seite und die Liga haben sich bereits auf eine gemeinsame Erhebungsform geeinigt. „Es ist notwendig, neben der reinen Übernachtungsstatistik des Bundes auch die besonderen sozialen Schwierigkeiten in den Blick zu nehmen. Nur so können steuerungsrelevante Erkenntnisse für Baden-Württemberg gewonnen werden“, unterstreicht Schwarz. Bei Neuerungen und Entwicklungen zur Einführung der Statistik unterstützt ein Expertengremium aus KVJS und Liga das Sozialministerium kontinuierlich.

Mehr Informationen zu den Aktivitäten des KVJS im Bereich Wohnungslosenhilfe finden Sie unter www.kvjs.de/soziales/wohnungslose.

Julia Holzwarth

» Fokus? Pflege!

In der neuen Publikationsreihe „KVJS Fokus Pflege“ ist der Name Programm: Das Serviceheft liefert Orientierungswerte für künftige Pflegeleistungen in Baden-Württemberg – bis zum Jahr 2030. Der Bericht gibt einen Überblick über die Zahl der Personen, die zu Hause durch Angehörige, durch ambulante Dienste oder in einem Pflegeheim versorgt werden. Damit wird den 44 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs ein Steuerungs- und Planungsinstrument zur Verfügung gestellt. „Da veränderte Rahmenbedingungen die Nachfrage der pflegebedürftigen Menschen und die Inanspruchnahme einzelner Leistungen beeinflussen können, ist es wichtig, alle zukünftigen Leistungen zu kennen. Denn wie der Bedarf tatsächlich

gedeckt wird, hängt nicht zuletzt auch von den politischen und planerischen Entscheidungen auf Kreisebene ab“, fasst Alexandra Klein, Leiterin des Referats Pflege und Alter, zusammen.

Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird insbesondere von der demografischen Entwicklung beeinflusst. Von den rund 500.000 Pflegebedürftigen im Jahr 2030 wird voraussichtlich fast die Hälfte auf professionelle Hilfe in Form von ambulanter oder stationärer Pflege angewiesen sein.

Sie können die Publikation ab sofort unter www.kvjs.de herunterladen oder bestellen.

hol

» BTHG: Was ehrenamtliche Betreuer wissen müssen

Seit 2020 sind die Leistungen der Eingliederungshilfe mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) neu gestaltet. Eine gesetzliche Veränderung, die sich explizit auf die Arbeit der rechtlichen Betreuer auswirkt. Strukturen und Prozesse haben sich geändert, neue Aufgaben kommen hinzu.

Um die ehrenamtlichen Betreuer zu unterstützen, liefert das KVJS-Wissensportal wertvolle Informationen und hilfreiche Tipps rund um das Thema BTHG. Um ihnen die Arbeit zu erleichtern, gibt es eine Übersicht zu wichtigen Begriffen sowie Antworten auf häufig gestellte Fragen. Zudem stehen Informationen zum Gesamt- und Teilhabepflanverfahren zur Verfügung.

Neu hinzugekommen ist auch ein Multiple Choice-Test zu den Auswirkungen der Gesetzesänderung auf die Gewährung von Eingliederungshilfe. Das persönliche Wissen kann damit getestet und mithilfe der bereitgestellten weiterführenden Informationen vertieft werden.

hol

Hier geht's zum Portal:

www.ehrenamtliche-betreuer-bw.de





» Mehr Zeit für die Pflege in Baden-Württemberg

Position des Bündnisses „Sozialpartnerschaft in der Altenhilfe neu denken“

Mehr Zeit für die Pflege und optimale Rahmenbedingungen für alle Beteiligten sind ein drängendes Thema dieser Tage. Das Bündnis „Sozialpartnerschaft in der Altenhilfe neu denken“ hat im Vorfeld der Landtagswahl 2021 politische Forderungen an die künftige Landesregierung gerichtet.

Das Bündnis „Sozialpartnerschaft in der Altenhilfe neu denken“ wurde von allen relevanten Akteuren, die in Baden-Württemberg für die Gestaltung der Pflege Verantwortung tragen, im Jahr 2017 gegründet. Auch Landkreistag, Städtetag und der KVJS sind Teil des Zusammenschlusses. Das Ziel: Mehr Zeit für die Pflege durch optimale Rahmenbedingungen für alle Beteiligten. Alle Bündnispartner sind überzeugt, dass dies nur gemeinsam gelingt.

Pflegende entlasten

Um die Pflegenden zu entlasten, braucht es eine angemessene sowie bedarfs- und bedürfnisorientierte Personalausstattung, auch um pflegedürftigen Menschen gerecht zu werden und die Versorgung sicherzustellen. Das Bündnis setzt sich auch dafür ein, die Ausbildungskapazitäten auszuweiten und die Pflegeberufe-Reform praxistauglich umzusetzen.

Pflegebedürftige und Angehörige unterstützen

Rund drei Viertel der Pflegebedürftigen leben zu Hause. Sie werden von ihren Angehörigen

gepflegt. Das Bündnis setzt sich dafür ein, die Kurzzeitpflege auszubauen, Beratung zu erweitern und ein Landespflegegeld zur Inanspruchnahme von Kurzzeitpflege einzuführen.

Digitalisierung fördern

Konsequente Digitalisierung schafft Zeit für Pflegende und so auch für pflegebedürftige Menschen. Das Bündnis setzt sich daher dafür ein, die technische Infrastruktur auszubauen und dabei vor allem die Schnittstellen, wie beispielsweise zu Apotheken, niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Heimaufsicht und Medizinischen Diensten landeseinheitlich zu gestalten.

Sozialräume stärken

Pflege wird dort nachgefragt und benötigt, wo die Menschen wohnen. Dafür sind flexible, vernetzte und lokale Lösungen erforderlich. Das Bündnis setzt sich daher dafür ein, die Kommunalen Pflegekonferenzen mit Budgets und Gestaltungskompetenzen auszustatten.

Presseinformation / hol



Julia Knobelspies (links) und Signe von Weyhe. Abstand fürs Foto – enge Zusammenarbeit in der Geschäftsstelle. Foto: Holzwarth

» Weiterentwicklung der Pflegestützpunkte

Geschäftsstelle neu besetzt

Bereits seit 2019 sind die Geschäftsstelle der Kommission Pflegestützpunkte sowie die Stelle zur Qualitätssicherung beim KVJS angesiedelt, um den Ausbau von Pflegestützpunkten und das Beratungsangebot zu begleiten. Julia Knobelspies ist neu an Bord.

Julia Knobelspies übernimmt die Verwaltung und Organisation der Geschäftsstelle. Dabei unterstützt sie die Kommission Pflegestützpunkte in allen Belangen und ist Hauptansprechpartnerin für die Mitarbeitenden der Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg. Die Soziologin begleitet zudem die Programme der Landespflegeheimförderung, das Innovationsprogramm Pflege sowie die Kommunalen Pflegekonferenzen.

Effektive Qualitätssicherung

Zum Team gehört seit Juli 2019 ebenfalls Signe von Weyhe. Sie ist für die Sicherung der Qualität in Pflegestützpunkten zuständig. Die Gesundheits- und Sozialwirtin entwickelt derzeit ein Rahmenqualitätshandbuch und arbeitet federführend an der Implementierung eines einheitlichen, digitalen Dokumentationssystems. Darüber hinaus wird das Konzept zur Außendarstellung und Vernetzung der Beratungsangebote der Pflegestützpunkte weiter vorangetrieben.

Zum Hintergrund

Seit dem 20. Juni 2018 ist der Rahmenvertrag zur Arbeit und zur Finanzierung der Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg in Kraft. Dieser sichert seitdem die Zukunftsfähigkeit der Pflegestützpunkte als Beratungsangebot für Hilfesuchende und ihre Angehörigen zu Pflege- und Betreuungsfragen. Vor allem im Hinblick auf den demographischen Wandel der Gesellschaft ist dies ein wichtiges und notwendiges Angebot.

Die Geschäftsstelle und die Stelle zur Qualitätssicherung gehören organisatorisch zum Referat Pflege und Alter des Dezernats Soziales beim KVJS. Fachlich werden die beiden Stellen von der Kommission Pflegestützpunkte beauftragt, die sich aus den Kosten- und Leistungsträgern der Pflegestützpunkte zusammensetzt. Die Kosten- und Leistungsträger sind die Pflege- und Krankenkassen sowie die örtlichen Träger der Sozialhilfe in Baden-Württemberg.

Julia Holzwarth/Julia Knobelspies

» Unterstützung bei psychischer Erkrankung

Neue Dokumentation Gemeindepsychiatrischer Verbund veröffentlicht

Datenauswertungen und Analysen in der Dokumentation Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV) unterstützen die Arbeit der Sozialplaner vor Ort. Kürzlich ist die sechste Fortschreibung mit Blick auf die Jahre 2019 und 2020 erschienen.

Bereits seit 2011 liefern Städtetag, Landkreistag und der KVJS eine fundierte Datenbasis zur Angebotslandschaft für Menschen mit psychischer Erkrankung und den Leistungen in Baden-Württemberg. Die Daten werden in allen 44 Stadt- und Landkreisen einheitlich erhoben und im zweijährigen Turnus aktualisiert. Durch ihre Funktion als Planungsträger für die sozialen Dienste und Einrichtungen sowie als Leistungsträger der Eingliederungshilfe nehmen die Kreise eine zentrale und koordinierende Rolle im Gemeindepsychiatrischen Verbund ein.

Umfangreiches Datenmaterial

Aus der kommunalen Sicht heraus beleuchtet die GPV-Dokumentation zwei Perspektiven. Zum einen beantwortet die Standort-Perspektive die Frage nach den Angeboten innerhalb der jeweiligen Kreisgebiete und der Anzahl der Menschen mit psychischer Erkrankung, die ein Angebot in Anspruch nehmen. Zum anderen betrachtet die Perspektive der Leistungsträger, für wieviele Menschen mit Behinderung der jeweilige Stadt- oder Landkreis eine Leistung der Eingliederungshilfe übernimmt.

Mit den grafisch und textlich aufbereiteten Analysen liefert die Publikation einen aktuellen Überblick über die Entwicklungen. Neben Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit psychischer Erkrankung werden auch Leistungen und Angebote im Vor- und Umfeld der Eingliederungshilfe sowie Strukturen im medizinisch-psychiatrischen Bereich aufgegriffen.

Die aktuelle GPV-Dokumentation hält ein letztes Mal das Leistungsgeschehen vor dem Inkrafttre-

ten der dritten Stufe des Bundesteilhabegesetzes fest. Die aktuelle Fassung greift zudem neue Themenbereiche auf: Unter anderem sind Auswertungen zu den Übergängen aus Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, zur forensischen Versorgung sowie zur ambulanten psychiatrischen Pflege integriert.

Kreistransfers

Der KVJS bietet seinen Mitgliedern an, Ergebnisse kreisbezogen aufzubereiten und in den landesweiten Kontext einzuordnen. Als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum erbringt der Verband dieses Angebot kostenfrei.

Mehr Informationen sowie den aktuellen GPV-Bericht finden Sie unter www.kvjs.de/KVJS-UJ8T

Julia Holzwarth



Wie sieht die Unterstützung von Menschen mit psychischer Erkrankung in Baden-Württemberg konkret aus? Die GPV-Dokumentation liefert zentrale Daten. Foto: Uli Stöckle

» Kompetent und flexibel

KVJS-Integrationsamt als Dienstleister in der Coronakrise

Die Coronakrise trifft auch viele Sozialunternehmen und Werkstätten für behinderte Menschen. Das KVJS-Integrationsamt hat die landesweite Umsetzung von zwei wichtigen Förderprogrammen des Bundes übernommen. Eine Bilanz.



Ausgekocht: Gastronomie und Sozialkaufhäuser leiden besonders. / Foto: Monika Kleusch

Aktuell werden mit dem Corona-Teilhaber-Fonds die Beihilfen für soziale Unternehmen landesweit abgewickelt. Damit sollen Insolvenzen von Inklusionsbetrieben und Sozialunternehmen vorerst abgewendet werden. Bereits im vergangenen Jahr hatte das KVJS-Integrationsamt die Umsetzung des Programms zur Lohnsubvention für Werkstattbeschäftigte übernommen. Mit ihm konnten für 20 000 behinderte Beschäftigte rund 80 Prozent ihres Werkstatt-Lohns erhalten werden.

„Das Integrationsamt des KVJS hat diese beiden wichtigen Förderprogramme zügig und kompetent umgesetzt“, erklärt Verbandsdirektorin Kristin Schwarz. „Das erfordert nicht zuletzt ein hohes Maß an Flexibilität.“

Liquiditätsbeihilfen für soziale Unternehmen

Inklusionsunternehmen, Einrichtungen der Behindertenhilfe, Sozialkaufhäuser und gemeinnützige Sozialunternehmen sind durch den Corona-Lock-

down in eine kritische Situation geraten. Um diese wichtigen Angebote der beruflichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu sichern, hat die Bundesregierung einen Corona-Teilhabe-Fonds in Höhe von insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Auf Baden-Württemberg entfallen dabei rund zwölf Millionen Euro. Der Förderzeitraum reicht von September 2020 bis März 2021.

Bis Anfang März hatten 40 Unternehmen aus dem sozialen Bereich Liquiditätsbeihilfe beim KVJS-Integrationsamt beantragt. „Dazu zählen insbesondere Inklusionsunternehmen“, erklärt Bernhard Pflaum, Leiter des Referats Inklusionsbetriebe. Die vom KVJS unterstützten Inklusionsunternehmen machen mit insgesamt 19 Anträgen für unterschiedliche Betriebsteile fast die Hälfte der Antragsteller aus.

„Die meisten Anträge kamen von Sozialkaufhäusern und Inklusionsunternehmen aus den Bereichen Gastronomie und Hotellerie“, so Pflaum. Sie hatten im Corona-Shutdown ihre Tätigkeit einstellen müssen. Insgesamt wurden bis Mitte März 4,4 Millionen Euro an Liquiditätsbeihilfen ausgezahlt.

Lohnsubventionen für Beschäftigte in WfbM

Bereits im August letzten Jahres konnten die Werkstätten für behinderte Menschen die Lohnunterstützung für ihre Mitarbeiter beantragen. Vier Wochen nach Ende der Antragsfrist verschickte das KVJS-Integrationsamt schon die Zuwendungsbescheide.

Anders als Arbeitnehmer auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen Beschäftigte der Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) kein Kurzarbeitergeld. Der Bund hat deshalb Mittel zur Subventionierung der WfbM-Löhne zur Verfügung gestellt. Für Baden-Württemberg waren dies 8,6 Millionen Euro. 60 der 83 Werkstätten im Land beantragten die Lohnunterstützung für ihre Mitarbeiter.

Eine erneute Förderung für 2021 wird politisch diskutiert. Es gibt aber noch keine greifbaren Beschlüsse. „In Baden-Württemberg haben wir die Förderung 2020 wirksam umgesetzt“, so Verbandsdirektorin Schwarz. „Wir würden deshalb eine erneute Förderung in 2021 aus Mitteln des Bundes begrüßen.“

Monika Kleusch

» Beispielhafte Inklusion in Stuttgart

Die im Jahr 2005 begonnene Aktion 1000 des KVJS, die inzwischen unter dem Namen Arbeit Inklusiv läuft, hat mittlerweile mehr als 5000 Erfolgsbeispiele: Junge Menschen mit Behinderungen, die erfolgreich auf ihrem Weg in den allgemeinen Arbeitsmarkt begleitet wurden. Die Stadt Stuttgart präsentiert nun auf der Internetseite „Wege in die Arbeit“ Beispiele für gelungene Inklusion in unterschiedlichen Stuttgarter Betrieben.

Die Seite bietet zudem übersichtlich gegliedert eine Vielzahl von Informationen zum Übergang

Schule/Beruf. Themen sind unter anderem Angebote zur beruflichen Orientierung und zur Teilhabe am Arbeitsleben. Für jeden Themenblock gibt es die passenden Ansprechpersonen.

mok

Hier geht es zur Internetseite:

www.stuttgart.de/buergerinnen-und-buerger/menschen-mit-behinderung/wege-in-die-arbeit/



Perfekt gestylt in der neuesten Wasni-Kreation: Äffle und Pferdle. / Foto: Jan Engelhardt

» Den Hoodie-Machern über die Schulter geschaut

Sehenswert: SWR-Film über Esslinger Inklusionsunternehmen

Sie sind bekannt für ihre maßgefertigten, farbenfrohen und variantenreichen Pullis mit und ohne Kapuze: Wasni in Esslingen. Der SWR portraitierte die bunte Truppe in der Reihe „Mensch Leute“ – zu sehen in der SWR-Mediathek.

„Der Hoodie-Macher. Jobs für Leute mit Handicap“ lautet der Titel des 30minütigen Beitrags über das erfolgreiche Esslinger Inklusionsunternehmen. WASNI – Wenn anders sein normal ist. Dieser Name ist Programm. Firmengründer Daniel Kowalewski beschäftigt überwiegend Menschen mit Behinderungen in seinem innovativen kleinen Unternehmen. Sie werden im Laufe des Films einfühlsam portraitiert.

Das halbstündige Wasni-Portrait in der Reihe „Mensch Leute“ ist noch bis Ende des Jahres in der Mediathek des SWR abrufbar: www.ardmediathek.de, Suchbegriff: Der Hoodie-Macher – Jobs für Menschen mit Handicap

Blick in die Kreativ-Werkstatt

Außerdem bietet der Beitrag der SWR-Reihe „Mensch Leute“ einen interessanten Einblick hinter die Kulissen des seit Jahren vom KVJS-Integrationsamt unterstützten Unternehmens. So können die Zuschauer miterleben, wie ein neues Modell für einen Kapuzenpulli entwickelt wird.

Eine besondere Herausforderung waren individuelle Hoodies für die schwäbischen Kultfiguren Äffle und Pferdle, für die das Wasni-Team extra einen Hausbesuch zum Maßnehmen machte. Den überlebensgroßen plüschigen Gestalten wurde gleich das neueste Modell aus der Wasni-Kollektion angepasst – und stolz in Esslingen vorgeführt.

Monika Kleusch

» Strukturen stärken – Hilfen verbessern

Gesetzesreform garantiert mehr Hilfe für Familien bei der Adoption

Zum 1. April ist das neue Adoptionshilfe-Gesetz in Kraft getreten. Dadurch sollen Familien bei der Adoption von Kindern mehr Beratung und Hilfe erhalten.

„Sowohl die Adoptiv- als auch die Herkunftsfamilie haben jetzt einen Anspruch darauf, auch nach der Adoption fachlich begleitet zu werden“, nennt Thomas Nuñez von der zentralen Adoptionsstelle des KVJS-Landesjugendamts eine der wesentlichen Änderungen. Ziel der Gesetzesreform ist es in diesem Zusammenhang auch, den offenen Umgang mit Adoptionen zu fördern: Die rund 400 Adoptionsvermittlungsstellen in Deutschland sollen Eltern ermutigen, offen mit dem Kind über die Adoption zu sprechen.

Zudem sollen die Fachkräfte mit den Herkunftseltern und den Adoptionsbewerbern klären, ob und wie sie den Informationsaustausch oder auch den Kontakt der Adoptivfamilie mit den Herkunftseltern am besten zum Wohl des Kindes gestalten. Und: Die Herkunftseltern haben das Recht auf allgemeine Informationen über das Kind, sofern diese von der Adoptivfamilie freiwillig zur Verfügung gestellt werden.

Beratung bei Stiefkindadoptionen

Geht es um Stiefkindadoptionen, sind nun alle Beteiligten verpflichtet, sich vor Abgabe der notariell zu beurkundenden Einwilligungserklärungen beraten zu lassen. Über diese Beratung muss die zuständige Adoptionsvermittlungsstelle eine Bescheinigung ausstellen. Eine Ausnahme macht das Gesetz allein bei lesbischen Paaren, die zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes miteinander verheiratet sind oder in einer festen Partnerschaft leben: Hier entfällt die Beratungspflicht, denn diese Paare könnten sich benachteiligt fühlen, weil sie in diesen Fällen überhaupt einen Antrag auf Stiefkindadoption stellen und ein familiengerichtliches Verfahren durchlaufen müssen.

Die Gesetzesreform stellt nicht nur die zuständigen Mitarbeiter der Jugendämter vor große Herausforderungen – auch die zentrale Adoptionsstelle rechnet mit zusätzlichem Aufwand. „Da das örtliche Jugendamt nur noch die allgemeine Eignung der Bewerber überprüfen wird, müssen wir zukünftig länderspezifisch die Eignung überprüfen“, sagt Thomas Nuñez.

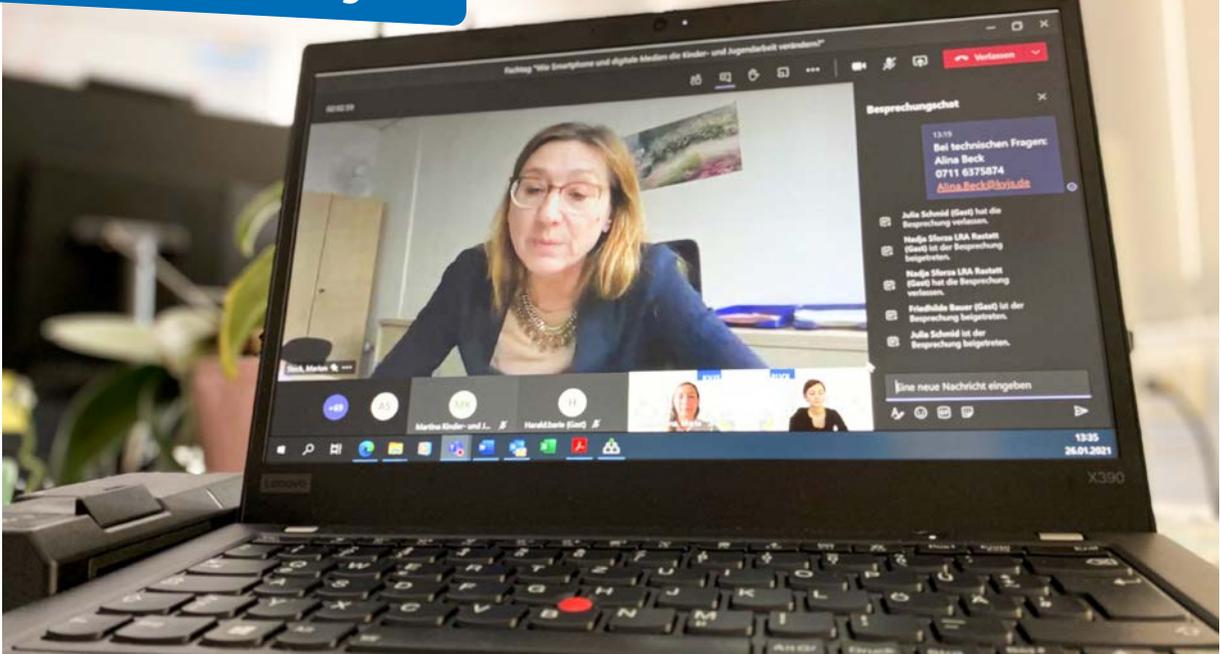
Hinzu kommt unter anderem, dass ein Anerkennungs- und Wirkungsfeststellungsverfahren für ausländische Adoptionsentscheidungen durch das neue Gesetz obligatorisch wurde und die zentrale Adoptionsstelle nun in jedem Verfahren eine Stellungnahme abzugeben hat. Nuñez: „Hier ist mit einer Verdoppelung der Stellungnahmen zu rechnen“.

Gabriele Addow

INFO

Ausführliche Informationen zum neuen Adoptionshilfe-Gesetz finden Sie hier:
KVJS: Rundschreiben 2021
www.kvjs.de/jugend/arbeitshilfen-formulare-rundschreiben-tagungsunterlagen/rundschreiben-2021/

Die zentrale Adoptionsstelle des KVJS-Landesjugendamts im Netz:
www.kvjs.de/jugend/adoption/



Marion Steck vom KVJS-Landesjugendamt leitet das Referat Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, Frühe Hilfen und Förderprogramme/ Foto: Alina Beck

» Virtuelle Welten: WhatsApp, TikTok und Co.

Online-Fachtag zum Thema „Digitale Kinder- und Jugendarbeit“

„Wie Smartphone und digitale Medien die Kinder- und Jugendarbeit verändern“ – unter diesem Motto stand zu Jahresbeginn ein Fachtag des KVJS-Landesjugendamtes für die kommunalen Jugendreferate und Fachkräfte der Jugendarbeit. Er fand coronabedingt im Online-Format statt.

Für junge Leute eine Selbstverständlichkeit: Gefühle 100 Mal am Tag vibriert das Smartphone. Sie nehmen es sofort zur Hand und schauen drauf. Ignorieren? Fehlanzeige – man könnte ja etwas verpassen. „Kinder und Jugendliche wachsen heute ganz normal mit digitalen Medien auf“, sagt Marion Steck vom KVJS-Landesjugendamt. „Sie bewegen sich selbstverständlich in digitalen Welten und nutzen diverse Soziale Netzwerke und Kommunikationsplattformen“. Das hat auch Einfluss auf ihr Sozialverhalten: Das Streben nach Autonomie, die Gestaltung sozialer Beziehungen sowie die Verwirklichung von Selbstbestimmung können dazu beitragen, Kompetenzen wie Selbstständigkeit, Flexibilität, Lernbereitschaft und Kommunikationsstärke weiterzuentwickeln.

Die pädagogischen Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendarbeit haben sich unter der Pandemie neue Wege erschlossen, um den Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen aufrecht zu erhalten. Der Kreativität waren dabei keine Grenzen gesetzt.

Da gab es digitales Kochen, Videochats, Musik und Sportkurse per YouTube, Sprachkurse, Unterstützung bei Bewerbungen, verlässliche Telefonsprechstunden und viele weitere Angebote. „Aus der Not wurde eine Tugend und nun gilt es, die Chance zu nutzen, sich weiter zu entwickeln und sich gemeinsam auf den Weg für die jungen Menschen und mit den jungen Menschen zu machen“, machte die Jugendhilfeexpertin deutlich.

Trend-Apps und neue Entwicklungen

Einen Überblick über Trend-Apps und Entwicklungen im Netz gab Clemens Beisel. Der Diplom-Sozialpädagoge und Sozialmanager bietet seit 2013 Workshops, Fortbildungen und Elternabende zum Spannungsfeld „Smartphones, Soziale Netzwerke und junge Menschen“ an. In seiner Präsentation zeigte er aktuelle Statistiken zur Handynutzung Jugendlicher und erläuterte, wie und an welchen Stellen deswegen akuter Handlungsbedarf besteht. So verbringen Jugendliche hochgerechnet 1.440 Stunden im Jahr am Smartphone. Dabei

Rechner sind nicht gut ausgestattet, dürfen bestimmte Plattformen nicht nutzen, digitale Arbeit wird teilweise durch Kommunen erschwert.

Schnell gelungen, lange an Präsenz festgehalten. Durch gute Kontakte hat es geklappt.

Online Verdrossenheit bei Jugendlichen festgestellt - Angebote in Präsenz haben immer mehr an Bedeutung gewonnen.

Neue Jugendliche über Social Media zu gewinnen ist kaum möglich.

Treffen im Jugendhaus mit zwei Jugendlichen möglich. Direkter Kontakt mit Jugendlichen findet statt, jede/r Pädagoge/in betreut an einzelnen Tagen Kinder / Jugendliche.

Telefonberatung hat zugenommen.

Neue Jugendliche durch nicht Präsenzangebote auch erreicht.

Bei uns bewegt sich vieles im "Grau-Bereich", weil wir gar nicht so viel nachfragen.

Gab es Unterschiede zwischen der Zielgruppe Kinder und Jugendliche?

Verabredungen mit Jugendlichen sind auf ein mal so organisiert, Begegnung ist so geplant, was sonst ja nicht der Fall ist.

Arbeitsgruppen werden unverbindlicher. Persönlicher Kontakt bringt mehr Verbindlichkeit.

Gute Ausstattung, gut organisiert. Digitales Jugendforum gestaltet mit 80 Jugendlichen. Technik-Nerds in der Jugendbeteiligung haben dafür sogar Homepage programmiert.

Technische Tools fehlen.

Freie Träger sind teilweise freier - kommunale Träger werden auf Eis gelegt.

Instagram, WhatsApp genutzt - was ist mit dem Datenschutz Aber genau damit werden Jugendliche erreicht.

(Wie) ist euch der Umstieg von Präsenz auf digital gelungen - ggf. einzelne Betrachtung der Zielgruppen?

Video Chat läuft bei denen, die eine gute Beziehungsebene haben.

[Bild vergrößern](#)

Resümee der Arbeit einer Kleingruppe/Foto: Alina Beck

bleibt WhatsApp weiterhin der bedeutendste Onlinedienst: „94 Prozent der Jugendlichen nutzen WhatsApp mindestens mehrmals in der Woche. Um hier angemessen aktiv zu werden und bei den Jungen und Mädchen ein Bewusstsein für gesunde Handynutzung zu schärfen, ist es wichtig, die digitale Lebenswelt zu kennen und die Mechanismen dahinter zu verstehen“, betonte Clemens Beisel. Seine Forderung an die Soziale Arbeit: Kompetenzen vermitteln und spannende Projekte zu aktuellen Themen an Schulen, in der Jugendarbeit und im Gemeinwesen auf die Beine stellen.

Gelegenheit zu Austausch und weiterer Information bot die Fachtagung in vier moderierten Kleingruppen. Die Workshops griffen verschiedene Aspekte auf und vertieften sie. Debattiert wurde über Verschwörungstheorien, Social Media für Fachkräfte, Hass im Internet und Medienerziehung.

Gabriele Addow

INFO Tagungsdokumentation

Zu dieser Veranstaltung erscheint in Kürze eine ausführliche Tagungsdokumentation, zu finden unter: www.kvjs.de

Kommunale Jugendreferate

Die Kommunalen Jugendreferate sind die zentralen Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit in der Kommunalverwaltung. Sie koordinieren, beraten und begleiten die Fachkräfte im Bezirk des jeweiligen Jugendamts oder in den kreisangehörigen Gemeinden. Damit gewährleisten sie eine bedarfsorientierte Infrastruktur der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.

Das KVJS-Landesjugendamt steht im engen Austausch mit den kommunalen Jugendreferenten. Es unterstützt ihre Arbeit durch gemeinsame Jahrestagungen, Beteiligung an diversen, themenbezogenen Arbeitsgruppen und Förderung von Modellprojekten. Weitere Informationen unter: www.kvjs.de/jugend/kinder-und-jugendarbeit-jugendsozialarbeit/

» Corona – Und plötzlich ist alles anders

Online-Fachtagung zu Auswirkungen auf die Heimerziehung

Mit Herausforderungen und Auswirkungen auf die Entwicklung in der Pandemie hat sich eine Online-Fachtagung des KVJS befasst. Im Fokus: die stationären Erziehungshilfen.

Die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen, aber auch die Arbeit in den erzieherischen Hilfen, änderte sich in der Corona-Krise von einem Tag auf den anderen: „Auch für uns im KVJS-Landesjugendamt ist es eine außergewöhnliche Situation, nicht mehr wie gewohnt rausgehen zu können, um persönlich mit den Einrichtungen und den Jugendämtern zu sprechen“, begrüßte Dr. Jürgen Strohmaier die rund 100 Gäste. Neben Trägern, Leitungen und Fachkräften von (teil-)stationären Einrichtungen der Hilfe zur Erziehung waren auch interessierte Leitungen von Schüler- und Jugendwohnheimen sowie Leitungen und Fachkräfte der Jugendämter in Baden-Württemberg der Einladung gefolgt. Der Jugendhilfeexperte stellte aktuelle Zahlen zur Heimerziehung in Baden-Württemberg vor und thematisierte die FAQ-Eckpunkte papiere zum Umgang mit Corona-Infektionen.

Stellvertretend für die Verbände der freien und privaten Jugendhilfe in Baden-Württemberg warfen Julia Zeilinger vom Caritasverband Diözese Rottenburg-Stuttgart und Stefanie Krauter vom Caritasverband Diözese Freiburg einen Blick auf die Praxis vor Ort und in die Geschäftsstellen der Verbände. Demnach haben sich die Einrichtungen schnell und sehr gut auf die drastisch veränderte Gesamtsituation eingestellt. Es wurden zusätzliche Ressourcen gebraucht und es war von allen ein hohes Maß an Flexibilität gefordert. „Vieles wurde schnell entwickelt und in Netzwerken untereinander geteilt, wie zum Beispiel Hygienekonzepte“, lobten die Referentinnen.

Aus wissenschaftlicher Perspektive blickte Professor Dr. Werner Freigang von der Hochschule Neubrandenburg auf das Thema Corona. Der

Autor und Hochschullehrer beleuchtete die Erziehungshilfe als (selbst)kritisches Praxisfeld und die Bedeutung des Begriffs „Systemrelevanz“ in der Pandemie.

Einen Einblick in das „Linzgau“ – eine sozialpädagogische Facheinrichtung im Linzgau am Bodensee – gewährte Roland Berner: „Seit der Corona-Pandemie haben die Ereignisse eine immense Dynamik entwickelt und wir konnten überhaupt nicht absehen, wie sehr sich der Alltag in unserer Einrichtung verändern würde“, sagte der Vorstandsvorsitzende. So musste das Linzgau unter anderem einige der ambulanten Angebote einstellen und auch die Integrationshilfen konnten mit Schließung der Schulen die Teilhabe der jungen Menschen am Schulunterricht nicht mehr ermöglichen.

Zum Thema „Corona spürt auf“ referierte Beate Kreisle, Geschäftsführerin vom Jugend-Kolleg am See. Ihre Eindrücke während des ersten Lockdowns in den Wohngruppen? „Wir haben mit den Jugendlichen viel diskutiert in dieser Zeit, Brettspiele gekauft. Die Atmosphäre in der Gruppe ist gut und die Jugendlichen haben ein Bewusstsein, dass wir alle in der gleichen Situation stecken.“

Gabriele Addow/Mandy-Jane Gabriel

INFO

Der KVJS hat zu dieser Fachtagung eine ausführliche Tagungsdokumentation erstellt. Sie finden diese hier: www.kvjs.de/jugend/arbeitshilfen-formulare-rundschreiben-tagungsunterlagen/tagungsunterlagen/



» Online: „Schulsozialarbeit unter Pandemiebedingungen“

Ein umfassendes Online-Angebot für die Schulsozialarbeit bietet das KVJS-Landesjugendamt gemeinsam mit dem Netzwerk Schulsozialarbeit Baden-Württemberg e. V.

Letztes Jahr ist vieles anders gekommen als geplant. Die Jahrestagungen Schulsozialarbeit 2020 mussten aufgrund der Corona-Pandemie ausfallen. Der KVJS und seine Partner möchten mit diesem Online-Angebot den Blick auf die Schulsozialarbeit unter Pandemiebedingungen richten, Ihnen Impulse für Ihre Arbeit geben und das

Arbeitsfeld stärken. Wir laden Sie ein, an diesem terminunabhängigen und kostenlosen Online-Angebot teilzuhaben.

Das Online-Angebot finden Sie unter:

KVJS: Online-Angebot Schulsozialarbeit unter Pandemiebedingungen

www.kvjs.de/jugend/kinder-und-jugendarbeit-jugendsozialarbeit/online-angebot-schulsozialarbeit-unter-pandemiebedingungen/

add

» Digitale Betriebserlaubnis: Umsetzung ist angelaufen

Ein wichtiger Schritt in Sachen Digitalisierung ist getan: Seit 15. März 2021 setzt der KVJS das digitale Betriebserlaubnisverfahren (DiBeV) nach § 45 SGB VIII flächendeckend um. Es steht seither allen Trägern zur Verfügung.

Die Erprobungsphase startete am 1. August 2020 in den Pilotlandkreisen Lörrach und Ortenaukreis und lief bis zum 28. Februar 2021. „Wir haben unser Ziel erreicht, freien, kirchlichen und kommunalen Trägern eine Option zu eröffnen, mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand den Antrag auf Betriebserlaubnis zu stellen“, zieht Gerald Häcker, Leiter des KVJS-Landesjugendamts,

das positive Resümee. So ermögliche das Programm ein unkompliziertes, schnelles und effektives Betriebserlaubnisverfahren auf digitalem Wege.

Ein Anleitungsvideo zur Anmeldung und Anwendung des Programms finden Sie auf der Startseite von KitaDataWebhouse (KDW) (www.kitaweb-bw.de). Bitte loggen Sie sich mit Ihren Zugangsdaten entsprechend ein. Bei Rückfragen zur Umsetzung steht Ihnen Ihr jeweiliger Ansprechpartner unter www.kvjs.de/jugend/kindertageseinrichtungen/ansprechpartnersuche zur Verfügung.

add

» Jugendliche vor Gericht

KVJS veröffentlicht neue Broschüre zur Jugendhilfe im Strafverfahren

Im Dezember 2019 ist das neue Jugendgerichtsgesetz (JGG) in Kraft getreten. Aufgrund der erheblichen Veränderungen hat das KVJS-Landesjugendamt seine Broschüre „Grundlagen für die Jugendhilfe im Strafverfahren in Baden-Württemberg“ überarbeitet und den neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst.



Junge Menschen, die eine Straftat begangen haben sowie deren Eltern und Erziehungsberechtigte brauchen erweiterte Hilfemöglichkeiten. Die Aufgaben der Jugendhilfe im Strafverfahren sind im neuen Gesetz viel umfangreicher als bisher und der pädagogische Aspekt der Jugendhilfe sowie der Blick auf die besondere Schutzbedürftigkeit der Jugendlichen wurde deutlicher in den Fokus gerückt.

Verbindliche Standards

Vieles war zwar bisher schon fachlicher Standard, wurde jedoch flexibel gehandhabt. Jetzt ist manches verbindlicher geregelt, zum Beispiel die Anwesenheit der Mitarbeitenden der Jugendhilfe im Strafverfahren bei der Hauptverhandlung. Als neue Aufgabe ist die Stellvertreterfunktion gegenüber Eltern und Sorgeberechtigten hinzugekommen, wenn diese rechtlich verhindert sind.

Um die neuen Verfahrensstandards umsetzen zu können, ist es zwingend erforderlich, Kooperationen zwischen Jugendhilfe, Polizei und Staatsanwaltschaft aufzubauen oder zu intensivieren. Und: Die Gesetzesänderung führt zu Personalmehrbedarf in den Jugendämtern, den diese individuell beziffern müssen. Der KVJS hat die Jugendämter auf der Jahrestagung der Jugendamtsleitungen im Februar 2020 über die Auswirkungen und Neuerungen durch die JGG-Reform informiert.

Mit der neuen Broschüre möchte der KVJS einen Beitrag zur praktischen Umsetzung des Auftrags der Jugendhilfe im Strafverfahren leisten und zur besseren Kooperation zwischen Jugendhilfe, Polizei und Justiz auf örtlicher Basis beitragen. Die aktualisierte Auflage kann online über die Homepage des KVJS abgerufen oder als Printversion über Ulrike.Cserny@kvjs.de bestellt werden.

Mathias Braun/Gabriele Addow

» Das Leid anerkennen und aufarbeiten

KVJS beteiligt sich an der bundesweiten Aufarbeitung des Schicksals der Verschickungskinder

Was zu ihrem Besten ausgelegt war, haben viele heute Erwachsene in schlimmer Erinnerung: Als Verschickungskinder erlebten sie teils Traumatisches in den Kinderkurheimen. Der KVJS ist eingebunden als Aufsichtsbehörde und in der Rechtsnachfolge der Landeswohlfahrtsverbände, damals Träger der Kinderfahrmeldestelle und des Kindersolbads Bad Friedrichshall.

„Als KVJS hat der Kinderschutz für uns im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe höchste Priorität und wir setzen uns landesweit dafür ein“, sagt Verbandsdirektorin Kristin Schwarz. „Umso bestürzt sind wir von den Schilderungen der Betroffenen – auch über das damalige Weghören von Ärzten, Betreuern und Behörden.“ Im November 2019 hat der KVJS ein Team zur internen Recherche eingerichtet und sich am Runden Tisch zu den Verschickungskindern des Ministeriums für Soziales und Integration (MSI) beteiligt.

In der daraus entstandenen Arbeitsgruppe arbeitet der KVJS seit Anfang 2020 mit. Außerdem beteiligt sich dieser Kreis an der bundesweiten Aufklärung der Vorkommnisse gemeinsam mit Vertretern der ehemaligen Verschickungskinder und den damals involvierten Institutionen.

Die früheren Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg-Hohenzollern übernahmen 1967 die Kinderfahrmeldestellen und hatten die Aufsicht über Kinderkurheime in Baden-Württemberg. Das frühere Kindersolbad Bad Friedrichshall lag zudem in Trägerschaft des LWV. „Sowohl als Rechtsnachfolge der beiden Landeswohlfahrtsverbände als Träger des früheren Kindersolbades, als auch als Aufsichtsbehörde über die Kinderkureinrichtungen haben wir großes Interesse an einer Aufklärung und sind uneingeschränkt bereit, dabei zu unterstützen“, sagt Schwarz.

Derzeit klären die Teilnehmer des Runden Tisches unter Federführung des MSI, wie eine weitere Aufarbeitung des Themas „Verschickungskinder in Baden-Württemberg“ und ein vom Land geplantes Forschungsvorhaben konzipiert werden können.

Kristina Reisinger

» Verschickungskinder: Akten sollen aufbewahrt werden

Viele ehemalige Verschickungskinder sind heute noch auf der Suche nach den Spuren ihrer Vergangenheit. Für alle Unterlagen, die dazu dienen, ihr leidvolles Schicksal aufzuklären, haben sich das Landesarchiv Baden-Württemberg und die Arbeitsgemeinschaften der Kreis- und Stadtarchive im Land auf die Empfehlung eines Anbietungsmoratoriums verständigt. Der KVJS folgt dieser Empfehlung und wird die Akten, die noch nicht dem Landesarchiv B-W übergeben worden sind, bis Ende 2025 aufbewahren. Damit erhalten die Betroffenen einen definierten Zeitraum, um Heimaufenthalte zu erforschen und Recherchen in Auftrag zu geben.

Hintergrund

Üblicherweise bieten Ämter und Behörden nicht mehr benötigte Unterlagen ihrem zuständigen Archiv an. Da die Archive von diesen Aktenmengen aber nur einen Teil erhalten können, müssen sie auswählen, was archiviert werden soll. Den Rest vernichten sie. Der KVJS hofft, dass durch dieses Moratorium viele der zum Teil jahrzehntealten Akten aufgefunden und ausgewertet werden können, damit das Leid der Verschickungskinder so umfassend wie möglich aufgeklärt werden kann.



add

» „Weg vom Brennpunkt hin zur Prävention“

Neue KVJS-Expertise zur Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit ist ein wichtiger Baustein in der Jugendhilfe. Der KVJS hat eine umfangreiche Zusammenstellung der zentralen Daten veröffentlicht. Dazu ein Interview mit Volker Reif vom KVJS – Landesjugendamt.



Jugendhilfeexperte Volker Reif vom KVJS / Foto: Privat

Herr Reif, wie ist die Schulsozialarbeit innerhalb der Jugendhilfe aufgestellt?

Die Schulsozialarbeit ist wie keine andere Jugendhilfeleistung expandiert. Gestartet ist sie als aufsuchende, gemeinwesenorientierte Form der Kinder- und Jugendhilfe mit 37 Personen in Württemberg sowie einigen Projektstellen im südbadischen Raum. Heute hat die Schulsozialarbeit nahezu 2.700 Fachkräfte an knapp 2.700 Schulen in Baden-Württemberg. Inzwischen haben zwei von drei Schulen im Land ein solches Angebot. Obwohl die meisten Fachkräfte in der Zwischenzeit an reinen Grundschulen verortet sind, ist diese Schulart die einzige, in der noch mit einem weiteren quantitativen Ausbau gerechnet werden kann. Der Sekundarbereich befindet sich mit einem Anteil von 80 bis 100 Prozent an Schulen mit Schulsozialarbeit quasi an der Schwelle der Vollaussstattung.

Baden-Württemberg steht mit dieser Entwicklung an der Spitze beim bundesweiten Engagement und Ausbau der Schulsozialarbeit und hat die meisten Vollzeitkräfte in der Schulsozialarbeit. Die Befunde aus der Tätigkeitsstatistik lassen darauf schließen, dass die Schulsozialarbeit insbesondere durch ihr direktes Case-Management einen wichtigen Baustein innerhalb der Jugendhilfe darstellt. Deutlich wird, dass sie aus dem Schulalltag wie auch aus der Jugendhilfe nicht mehr wegzudenken ist.

Lange Zeit galt die Schulsozialarbeit als reines Brennpunkt-Angebot. Konnte sie das negative Image inzwischen ad acta legen?

Allerdings. Der flächendeckende Ausbau hat nicht nur fachlich, sondern auch imagemäßig zu einem Wandel weg vom Brennpunkt hin zur Prävention geführt. Anfangs lag der Schwerpunkt der Schulsozialarbeit in der Unterstützung und Integration junger Menschen an Schulen mit erschwerten sozialen und pädagogischen Bedingungen, sogenannten „Brennpunktschulen“, einschließlich der damit einhergehenden Stigmata. Mit Blick auf die Gewichtung der Fachkräfte und Schularten sowie auf die Tätigkeitmerkmale hat sie sich im Laufe der Jahre zu einem grundlegend präventiven Ansatz und selbstverständlichen Regelangebot unabhängig von Schulart und besonderen Bedarfslagen weiterentwickelt.

Reicht es aus, wenn sie sich dabei allein auf Einzelfallhilfe und Gruppenangebote beschränkt?

Nein, ganz sicher nicht. Schulsozialarbeit soll junge Menschen ja nicht nur im schulischen Umfeld unterstützen, sondern auch helfen, Benachteiligungen im sozialen und familiären



Bereich auszugleichen. Sozialraumorientierte Ansätze, Vernetzung und Kooperation haben daher einen sehr hohen Stellenwert: Aus 79 Prozent aller Schulstandorte meldeten die Fachkräfte mehr als 8.369 lokale Netzwerktreffen. Ebenfalls eine gewichtige Rolle spielen offene Angebote wie zum Beispiel ein Schülercafé. Diese ermöglichen einen niederschweligen und unverbindlichen Zugang zu den Schülerinnen und Schülern und sind oftmals die erste Gelegenheit eines Beziehungsaufbaus.

Grundschüler haben andere Sorgen als Hauptschüler und Gymnasiasten. Wie kann man allen gerecht werden?

Die Auswertung der Tätigkeitsstatistik zeigt, dass die Fachkräfte je nach Schultyp Ihr Angebot unterschiedlich gewichten und umsetzen. Es empfiehlt sich daher, sowohl die einzelnen Konzeptionen vor Ort an den jeweiligen Schultyp auszurichten, als auch in den Rahmenkonzepten auf Kreis- oder Landesebene schulartspezifische Schwerpunktsetzungen zu berücksichtigen.

In nahezu allen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe ist der Fachkräftemangel ein heiß diskutiertes Thema. Auch in der Schulsozialarbeit?

Ja, auch hier wird der Fachkräftebedarf in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Jede zweite Fachkraft ist über 40 Jahre alt, nahezu jede vierte Fachkraft 50 Jahre und älter. Bis zum Schuljahr 2030/2031 ist allein bei gleichbleibendem Bestand im Feld der Schulsozialarbeit mit einem voraussichtlichen altersbedingten Ersatzbedarf von rund 700 Fachkräften zu rechnen.

Die Fragen stellte Gabriele Addow

INFO

Den Bericht „Förderung der Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen - Berichterstattung 2020“ finden Sie hier: www.kvjs.de/fileadmin/publikationen/jugend/2021_02_KVJS_Berichterstattung_Foerderung_der_Jugendsozialarbeit_an_oeffentlichen_Schulen.pdf

» Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben

Dr. Sonja Kuhn hat die Landesombudsstelle übernommen

Dr. Sonja Kuhn hat zum 1. März die Landesombudsstelle für Baden-Württemberg übernommen. Die Ombudsstelle soll die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und deren Sorgeberechtigten fördern, informieren und beraten.



Dr. Sonja Kuhn von der Landesombudsstelle / Foto: Addow

Dr. Sonja Kuhn hat zum 1. März die Landesombudsstelle für Baden-Württemberg übernommen. Die Ombudsstelle soll die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und deren Sorgeberechtigten fördern, informieren und beraten.

„Wichtig ist uns, Kinder und ihre Familien unabhängig beraten zu können“, sagt Dr. Kuhn. „Wenn sie Probleme in der Kinder- und Jugendhilfe haben, wollen wir den Dialog zwischen den Beteiligten fördern, vermittelnd agieren und ausgleichend unterstützen.“

Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha freut sich, dass mit dem Dienstantritt der Landesombudsfrau ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem landesweiten unabhängigen Ombudssystem getan ist. „Mit unserem Ombudssystem schaffen wir Chancen. Chancen für Kinder, Jugendliche und ihre Sorgeberechtigten, sich stärker an den Prozessen innerhalb der Kinder- und Jugendhilfe zu beteiligen und gleichzeitig

Chancen für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, aus festgefahrenen Konflikten einen Ausweg zu finden.“

Das Land Baden-Württemberg hat das unabhängige und flächendeckende Ombudssystem für Kinder und Jugendliche bereits im Sommer 2020 eingerichtet und beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) angesiedelt. Es löst das bisherige Projekt Ombudschaft in der Jugendhilfe der Liga der freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg ab.

„Mit dem Start von Frau Dr. Kuhn kann die Landesombudsstelle nun vollumfänglich und flächendeckend mit ihrer wichtigen Arbeit beginnen“, sagt KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz. „Dieses unabhängige und niedrigschwellige Angebot hilft ratsuchenden Kindern und Familien, ihre Rechte zu kennen und wahrzunehmen.“

Das mehrgliedrige System umfasst Frau Dr. Kuhn als Landesombudsperson, eine Informationsstelle für ehemalige Heimkinder sowie regionale Ombudspersonen in den Regierungsbezirken. Zudem sollen zivilgesellschaftlich organisierte Ombudsleute gewonnen werden, um in einer Lotsenfunktion flächendeckende und niederschwellige Zugänge zum System zu ermöglichen. Die regionalen Ombudspersonen sowie die Informationsstelle für ehemalige Heimkinder haben bereits ihre Tätigkeit aufgenommen.

Weitere Informationen finden Sie alsbald im Internet unter www.ombudschaft-jugendhilfe-bw.de.

Presseinformation/add



» Grünes Licht für neues Forschungsvorhaben

Ende Februar hat der KVJS-Forschungsbeirat die Weichen für ein neues Forschungsvorhaben gestellt: „Frühe Hilfen und Psychiatrie Hand in Hand – Gemeinsam Präventionsnetzwerke stärken“. Ziel ist es, die Schnittstellen beider Systeme zu beleuchten und das Ineinandergreifen zu verbessern. So können psychisch kranke Eltern und ihre Kinder noch wirksamer unterstützt werden. Mit dem KVJS-Forschungsvorhaben sollen die in der Praxis bestehenden Strukturen, Prozesse und

Rahmenbedingungen weiterentwickelt und verbessert werden. Der Fokus richtet sich somit auf die Formulierung praxisrelevanter Handlungsempfehlungen und Lösungsstrategien zur Stärkung und zum Ausbau präventiver Netzwerke.

Im nächsten Schritt wird das Forschungsvorhaben ausgeschrieben. Der Projektstart ist für Sommer 2021 vorgesehen.

rs

» KVJS-Forschung zieht neue www-Seiten auf

Die KVJS-Forschung hat ihren Auftritt im Internet optimiert. Neu ist eine Übersicht der Forschungspartner und das aktualisierte Leitbild der KVJS-Forschung. Die Forschungs-„News“ halten Sie künftig immer auf dem Laufenden: Neue Forschungsvorhaben, neue Erkenntnisse, neue Partner – hier können Sie sich informieren.

Und natürlich bietet die Forschungs-Homepage weiterhin wie gewohnt ausführliche Informationen zu den einzelnen Forschungsvorhaben des KVJS.

Schauen Sie mal rein: KVJS: KVJS-Forschung
www.kvjs.de/forschung/kvjs-forschung/

mok

» Digitales Finale für WieWohnen-BW

Online-Fachtagung beleuchtet Ergebnisse aus verschiedenen Perspektiven

Ein umfangreiches Forschungsvorhaben braucht einen angemessenen Abschluss. Da die geplante Präsenzveranstaltung im letzten Jahr nicht stattfinden konnte, hat der KVJS am 18. Februar 2021 ein Livestream-Event auf die Beine gestellt.

„Die Fachtagung war richtig interessant – insbesondere die verschiedenen Blickwinkel“, lautete eine der zahlreichen positiven Teilnehmerstimmen. Den Livestream verfolgten Leitungs- und Fachkräfte der Stadt- und Landkreise, der Leistungserbringer in der Sozialpsychiatrie sowie der Spitzenverbände. Teilgenommen haben ebenfalls Vertreter der Betroffenen- und Angehörigenverbände. Während des gesamten Fachtags konnten sich die Zuschauer mit ihren Fragen einbringen. Diese wurden von den Referierenden in Echtzeit beantwortet.

Wirksamkeit im Fokus

Im Zentrum der Veranstaltung standen die Forschungsergebnisse zur Wirksamkeit verschiedener Formen des unterstützten Wohnens für Menschen mit seelischer Behinderung im Rahmen der Eingliederungshilfe in Baden-Württemberg (WieWohnen-BW). KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz unterstrich in ihrer Begrüßung den großen Stellenwert des auf drei Jahre angelegten Forschungsvorhabens: „Die Untersuchungen haben einen fundierten empirischen Beitrag zu einer zentralen Aufgabe geleistet, die das Bundesteilhabegesetz mit sich bringt: nämlich die volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern“. Einen besonderen Dank richtete sie an die 102 Menschen mit seelischer Behinderung, die sich an der Verlaufsstudie beteiligten. „Sie haben sehr persönliche Einblicke in ihre Privatsphäre gewährt – in ihre Wohnsituation und den Werdegang, in ihre Sorgen, Bedürfnisse und in ihre Wünsche für ein Leben mitten in der Gesellschaft“, so Schwarz.

Perspektivenwechsel

Der Fachtag beleuchtete die Ergebnisse aus verschiedenen Blickwinkeln und gab zentralen Akteuren eine Plattform für den fachlichen Diskurs. Professor Tilman Steinert von der Universität Ulm stellte WieWohnen-BW in den Kontext der Versorgungsforschung und ging auf deren Aufgaben ein. Dr. Susanne Jaeger fasste anschließend Ergebnisse aus den Experteninterviews und der Verlaufsstudie zusammen. Die zentralen Fragen: Was wirkt beim unterstützten Wohnen und wie wirksam ist es? Im Laufe des Untersuchungszeitraums konnten demzufolge zahlreiche messbare positive Effekte von unterstütztem Wohnen festgestellt werden. Die Befunde untermauern außerdem die Wirksamkeit personenzentrierter und flexibler Unterstützungsangebote, insbesondere in Hinblick auf psychische Stabilität, soziale Funktionsfähigkeit und Lebensqualität.



Vertreter des Landesverbandes der Psychiatrie-Erfahrenen, der Liga der freien Wohlfahrtspflege und des Ministeriums für Soziales und Integration nahmen eine Einordnung der Ergebnisse vor. Unter der Frage „WieWohnen – wie weiter?“ folgten zudem Statements aus beteiligten Stadt- und Landkreisen. Als zentrales Thema aller Referierenden wurde die Knappheit bezahlbaren Wohnraums aufgegriffen und die Notwendigkeit thematisiert, Lösungen zu finden. Personen verbleiben länger als nötig in besonderen Wohnformen, weil oftmals kein passender Wohnraum für eine ambulante Unterstützung gefunden werden kann. Auch der Schritt hinein in die Selbstständigkeit durch fehlenden Wohnraum wurde als Problem identifiziert.

Eine Kooperation aller Akteure im Unterstützungssystem sei notwendig, um Herausforderungen wie diese anzugehen. Zudem seien Zusammenarbeit und Vernetzung der Grundstein für die Weiterentwicklung von Unterstützungsangeboten und für eine bestmögliche Förderung von Menschen mit Handicap. Harald Metzger vom Landesverband Psychiatrie-Erfahrener sprach von der Notwendigkeit innovativer Ansätze, beispielsweise im Bereich Arbeit und Freizeit, um die Inklusion weiter

vorzubringen: „Die Betroffenen wünschen sich Normalität und wollen weg von der Insel“, fasste er prägnant zusammen. Im Anschluss der Statements richtete KVJS-Sozialdezernent Frank Stahl den Blick in die Zukunft und referierte über weitere Aktivitäten sowie Angebote des KVJS zu Fragen der Wirksamkeit.

Multimediales Infoangebot

Sie wollen mehr über das Forschungsvorhaben erfahren und interessieren sich für konkrete Befunde? Der KVJS stellt Ihnen eine Vielzahl an Informationen bereit. Neben einem ausführlichen Abschlussbericht und einer kompakten Handreichung sind zwei Videos zu WieWohnen-BW abrufbar. Ein Video fasst in kompakter Form zentrale Ergebnisse aus dem Forschungsvorhaben zusammen. Wer mehr wissen möchte, kann sich Auszüge aus dem Online-Fachtag mit den Vorträgen des Forscher-Teams ansehen. Alle digitalen Angebote finden Sie hier: www.kvjs.de/KVJS-96FT

Julia Holzwarth

Fachtag mal anders. Das Livestream-Format des KVJS kann bei den Zuschauern punkten. Foto: Uli Stöckle





» Demokratiebildung fängt schon bei den Kleinsten an

Richtig streiten und sich wieder vertragen lernt man in der Kita

Immer mehr Kitas schreiben sich Mitbestimmung und Vielfalt auf die Fahne. Davon profitieren alle Beteiligten – Kinder, Eltern und pädagogisches Personal. Der KVJS unterstützt die Einrichtungen hier durch zahlreiche Fortbildungsangebote.

Für viele Kinder beginnt mit dem ersten Kita-Besuch das Leben außerhalb der Familie. Hier können sie erfahren, dass ihre Stimme gehört und ihre Rechte geachtet werden, sie können Konfliktfähigkeit lernen und alltäglich praktische Aushandlungsprozesse trainieren. Auch die Eltern schätzen die Unterstützung durch die pädagogischen Fachkräfte, denn richtiges Streiten und das Ringen um Konfliktlösungen stellen neben sprachlichen Herausforderungen wichtige Entwicklungsschritte

für Kinder dar, um ihre Persönlichkeit zu entwickeln und um sich zu behaupten. Im Umgang mit Konfliktlösungsstrategien leistet hier die Kita einen bedeutenden Beitrag in der familienbegleitenden Erziehung und Bildung.

„Kinder darin zu stärken, demokratische Kompetenzen zu entwickeln, sich für Ausgrenzung und Ungerechtigkeiten einzusetzen und mit anderen Kindern unterschiedlicher kultureller und religiö-



ser Herkunft zusammen zu spielen und zu leben, verstehen wir als Chance einer zielführenden Kultur des Miteinanders“, sagt Gabriele Ulrich vom KVJS-Landesjugendamt. Gerade das Lernen von demokratischen und gerechten Strukturen im Kindergarten sei von elementarer Bedeutung für ein soziales und friedvolles Miteinander. Der jüngst veröffentlichte 16. Kinder- und Jugendhilfebericht betont ebenfalls diese zentrale Bedeutung von Kindertageseinrichtungen als frühe Orte der Demokratiebildung.

Beschwerden müssen möglich sein

Alle Kindertageseinrichtungen im Land haben als Voraussetzung für die Betriebserlaubnis bereits eine Konzeption zu altersentsprechenden Beschwerdemöglichkeiten und zur Partizipation der Kinder etabliert. Die Demokratiebildung soll jedoch nicht nur im Alltag gelebt und gefördert

werden. Vielmehr sollen die Kita-Teams auch durch ihr kollegiales Zusammenwirken als gutes Beispiel für die Kinder vorangehen. Sie stehen vor der Herausforderung, Vielfalt konstruktiv zu gestalten, für gemeinsame Wertvorstellungen einzutreten und sich entschieden für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen. „Die Auseinandersetzung mit den eigenen Machtansprüchen und Verhaltensweisen und ein Vorleben von partizipativem und beteiligungsorientiertem Miteinander lässt den Kindergarten zu einem Ort gegenseitigen Lernens und zur Wiege demokratischer Umgangsformen werden“, macht die Jugendhilfeexpertin deutlich.

Demokratiebildung verändert die Lebenswelt der Kinder auch über die Kita hinaus. So mag es Situationen im Kita-Alltag geben, bei denen die Kinder eine Entscheidung treffen, die nicht immer den Wünschen der Eltern entspricht. Etwa, wenn die Kleinen beim Mittagessen selbst entscheiden dürfen, wieviel und was sie essen möchten. Ärger ist da oftmals vorprogrammiert und die pädagogischen Fachkräfte merken, dass ihre Kompetenzen als Basis für professionelles Handeln nicht immer ausreichen. Gefragt sind daher fundierte Kenntnisse über kulturelle, traditionelle Prägungen und Lebenssituationen der Zielgruppen. Notwendig, so Gabriele Ulrich, sei es aber auch, die eigenen Normen kritisch zu hinterfragen. „Denn erst wenn ich für mich selbst im Klaren darüber bin, wie ich zu den Selbstbestimmungsrechten der Kinder stehe, kann ich demokratische Werte weitergeben“.

Das Kita-Fortbildungsprogramm des KVJS für 2021 enthält hier eine Vielzahl an Angeboten. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in der Corona-Pandemie umfasst es auch verstärkt Onlineseminare, um für die Zielgruppe vor Ort weiterhin erreichbar zu bleiben.

Sie finden das Programm unter www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-videos

Gabriele Addow

» Neu erschienen

Alle aufgeführten Publikationen des KVJS sind kostenlos. Sie stehen auch im Internet unter www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-und-videos/ zur Verfügung.

Soziales

KVJS Fokus Pflege – Planungsperspektiven für die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg, 2021.

Der Bericht betrachtet den Zeitraum zwischen 2017 und 2030. Der Blick in die Zukunft unterstützt die Stadt- und Landkreise bei der altersgerechten Planung und Weiterentwicklung der Pflegeversorgung.

Bestellung:

Manuela Weissenberger

Telefon: 0711 6375-307

Maria Cumplido

Telefon: 0711 6375-769

E-Mail: sekretariat21@kvjs.de

Dokumentation Gemeindepsychiatrischer Verbund Baden-Württemberg 2019/2020,

Hrsg.: KVJS, Landkreistag Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg, 2021.

Die GPV-Dokumentation bildet die Ergebnisse einer Datenerhebung bei den Stadt- und Landkreisen ab. Sie ermöglicht einen Überblick über die Angebote und die Versorgungssituation.

Integration

KVJS-Ratgeber „Förderung WfbM – Neubau, Ausbau, Umbau“, 2021.

Diese Publikation führt Träger der Behindertenhilfe und Sozialplaner der Stadt- und Landkreise Schritt für Schritt durch das Förderverfahren.

Bestellung:

Telefon: 0721 8107-942

E-Mail: integrationsamt@kvjs.de

Zeitschrift „ZB Behinderung & Beruf“, Regionalbeilage Baden-Württemberg, Heft 1/2021.

Das Heft gibt Einblicke in die Arbeit des Integrationsamtes.

Bestellung:

Manuela Weimar

Telefon: 0721 8107-942

E-Mail: integrationsamt@kvjs.de

Jugend

Förderung der Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen, 2021.

Die umfassende Berichterstattung für das Jahr 2020 beschreibt die quantitativen Ressourcen und Ausbaudynamiken im Arbeitsfeld der Schulsozialarbeit, bezogen auf die Fachkräfte sowie auf die einzelnen Schularten.

Bestellung:

Volker Reif

Telefon: 0711 6375-440

E-Mail: volker.reif@kvjs.de



Fachkräftebedarf in der Kinder- und Jugendhilfe in Baden-Württemberg, 2020.

Ergebnisse des Expertenhearings vom 31. Januar 2020.

Bestellung:

Diane Geiger

Telefon: 0711 6375-406

E-Mail: diane.geiger@kvjs.de

Grundlagen für die Jugendhilfe im Strafverfahren in Baden-Württemberg, 2021.

Positionspapier und Arbeitshilfe.

Bestellung:

Ulrike Cserny

Telefon: 0711 6375-469

E-Mail: ulrike.cserny@kvjs.de

Fortbildung

Sozialhilfe 2021, 2020.

Fortbildungen und Tagungen für Fachkräfte der Eingliederungshilfe und Sozialhilfe.

Bestellung:

Telefon: 0711 6375-610

E-Mail: fortbildung@kvjs.de

KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift
Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausanschrift
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

info@kvjs.de
www.kvjs.de